

Klaus Thaler

Auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland

Denkmäler und Denkwürdiges

„Denkmale haben außer der Eigenschaft, dass man nicht weiß, ob man Denkmale oder Denkmäler sagen soll, noch allerhand Eigenheiten. Die wichtigste davon ist ein wenig widerspruchsvoll, das auffallendste an Denkmälern ist nämlich, dass man sie nicht bemerkt. Es gibt nichts auf der Welt, was so unsichtbar wäre wie Denkmäler“, so Robert Musil in seinem „Nachlass zu Lebzeiten“. Denkmäler seien „durch irgend etwas gegen Aufmerksamkeit imprägniert, und diese rinnt Wassertropfen – auf Ölbezug – artig an ihnen ab“.

Wie Denkmälern scheint es gelegentlich auch großen philosophisch-politischen Systemen und Entwürfen zu gehen, nicht ausgenommen der Idee des „demokratischen Sozialismus“. Den in diese Angelegenheit verwickelten elitären Zirkeln, um mit Musil zu sprechen „Figuren einer Marmorgruppe“, geht es nicht besser. „Es scheint eine ganz ausgesuchte Bosheit zu sein“, heißt es im Hinblick auf die „großen Männer“, dass man „sie gleichsam, mit einem Gedenkstein um den Hals, ins Meer des Vergessens [stürzt].“

In der Gegenwart gibt es nun doch einige Bemühungen, linke Theorie von abweisender Imprägnierung zu befreien, wieder fruchtbar zu machen und das sozialistische Projekt dem schäumenden „Meer des Vergessens“ zu entreißen.

Motive zur Schaffung einer neuen Linken

Die Motive zur Schaffung einer neuen Linken in Deutschland waren recht pragmatischer Natur. Es galt zu allererst, den „neoliberalen Blockparteien“ eine Alternative entgegenzustellen. Vor allem während der Kanzlerschaft Schröders wurden die kritische Öffentlichkeit und oppositionelle Stimmen immer mehr zurückgedrängt. Die etablierte Presse und die Massenmedien übten sich als Verlautbarungsorgane der zunehmend neoliberal ausgerichteten Wirtschaft und ihrer politischen Vollstreckungsgehilfen. Aus der Wissenschaft hörte man nur noch „her masters voice“ heraus: die Stimme der Kapitalinteressen. Viele aus dem linken Flügel der SPD tauschten sehr rasch ihre rhetorisch hochgehaltenen roten Fahnen gegen Karriereleitern ein. Wohl gab es bereits neue Bewegungen wie attac und die Sozial-

foren, aber diese erreichten nicht die politische Entscheidungssphäre. Sie blieben auf ihren außerparlamentarischen Status beschränkt und SPD und Grüne umgingen diese Initiativen weiträumig.

In dieser Situation kam es einem kleinen politischen Erdbeben gleich, als sich zeitgleich an verschiedenen Orten der BRD alternative politische Gruppen bildeten. Von vorneherein wollten diese nicht kleine elitäre Stammtische bleiben, sondern politischen Einfluss nehmen und vor allem zunächst Foren einer kritischen Öffentlichkeit sein. Im Weiteren stellte sich heraus, dass die Drohung mit dem Verein „Wahlalternative“ und der Initiative für „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ wenig fruchtete. Die SPD betrachtete die Initiatoren nach Gutsherrenart als Dienstboten und griff zu Ausschlussverfahren. So wurde klar, dass eine neue Partei entstehen musste.

In den Bundestag sollte wieder eine Oppositionspartei einziehen und Möglichkeiten der parlamentarischen Ebene und Privilegien ausschöpfen: Namentliche Abstimmungen, Normenkontrollverfahren, Anhörungen und andere Instrumente und Verfahren ermöglichen es, den Bundestag als politisches Forum zu nutzen.

Eine rasante Entwicklung von 2004 bis 2007

Man vergegenwärtige sich, welche rasanten Entwicklungen sich vollzogen haben:

- im März 2004 bilden sich die „Wahlalternative“ und die Initiative „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“,
- im Juli 2004 vereinigen sich die beiden Gruppen,
- im August 2004 bekunden Lafontaine und Gysi ihr Interesse an der WASG,
- im November findet die erste Bundesdelegiertenkonferenz der WASG in Nürnberg statt, und recht kühn beschließt die Versammlung, bereits im Mai 2005 zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen anzutreten,
- im Januar 2005 gründet sich die WASG in Göttingen als neue Partei,
- die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ist ein erster politischer Erfolg. Die WASG erhält auf Anhieb 2,2 % der Stimmen. Die PDS kommt auf 0,9 %,

- am selben Abend fordert Schröder wegen des Regierungsverlustes in diesem Bundesland vorgezogene Neuwahlen,
- zwei Tage später kündigt Lafontaine an, er wolle für ein Linksbündnis antreten und tritt zugleich aus der SPD aus,
- Gysi will Spitzenkandidat werden und sich für ein Bündnis einsetzen,
- Anfang Juni 2005 einigt man sich auf ein Bündnis, und nun beginnt eine nervenbelastende Zitterpartie - in einem solchen Fall schlafen rechte Juristen nicht: kann das Bündnis zur Wahl antreten?
- gleichzeitig muss sofort in den Wahlkampf eingestiegen werden, das Bündnis tritt unter dem Namen „Die Linke.PDS“ an,
- im Juli erfolgt eine WASG-Urabstimmung; bei 70 % Beteiligung sind 82,8% für eine Kandidatur auf PDS-Listen,
- bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 gewinnt das Bündnis 8,7 % der Zweitstimmen und zieht mit 54 Abgeordneten in den Bundestag ein, damit ist die Linke auch stärker als die Grünen,
- Gregor Gysi und Oskar Lafontaine werden Fraktionsvorsitzende,
- seit Lafontaine sich für eine neue Linke stark gemacht hat und Mitglied der WASG wurde, steigt die Mitgliederzahl sprunghaft an; wöchentlich sind ca. 300 Neuaufnahmen zu verzeichnen,
- von den darauf folgenden Landtags- und Kommunalwahlen sind vor allem die Kommunalwahlen in Hessen besonders erfolgreich,
- die Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin leidet unter der Auseinandersetzung zwischen WASG und PDS; die PDS muss eine Halbierung ihrer Wählerzahl hinnehmen; Koalitionen mit der SPD scheinen der Linken nicht gutzutun,
- 2006 ist das Jahr, in dem die beiden Parteien zusammenwachsen sollen; die Kooperationsabkommen werden geschlossen, eine Satzung, ein Programm, die Finanzordnung entworfen,
- ein vorläufiger programmatischer Entwurf sind die „Programmatischen Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“ vom Oktober 2006; daneben sind die Programmentwürfe der verschiedenen Strömungen der Partei wichtig, vor

allem aber die programmatischen Reden Lafontaines auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz 2006,

- alle Dokumente müssen nun in parallel tagenden Bundesparteitagen in Dortmund am 24./25.März 2007 mit einfacher Mehrheit sowohl von der WASG als auch von der Linkspartei. PDS angenommen werden. Der „Versmelzungsvertrag“, der die organisatorische Vereinigung juristisch besiegelt, benötigt die Zustimmung von 75 % der Delegierten beider Parteien,
- die Gründungsdokumente werden von der PDS mit 96% der Delegierten und von der WASG mit nahezu 88 % der Delegierten angenommen; ein Ergebnis, das niemand erwartet hatte,
- bis zum 18. Mai 2007 müssen dann alle Urabstimmungen der Mitglieder abgeschlossen sein,
- am 16. und 17. Juni findet der erste Parteitag der neuen linken Partei „Die Linke.“ in Berlin statt.

Die Übersicht fasst nur die wichtigsten Daten und Ereignisse zusammen. Dahinter steht eine breite Aktivierung und Diskussion engagierter Menschen, und mittlerweile arbeiten beide Parteien mit Blick auf ihren Zusammenschluss eng zusammen. In Nürnberg besteht zum Beispiel schon ein gemeinsames Büro, Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen werden gemeinsam bestritten.

Günstige Umstände auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei

Die zügigen Entwicklungsschritte und auch der durch Schröder erzeugte „exogene Druck“, es müssten so schnell wie möglich Neuwahlen stattfinden, haben keine Gelegenheit zu „beckmesserischen“ Glaubenskämpfen um die richtige Theorie gelassen. Ein anderer Charakterzug des deutschen Politikverständnisses, die Leidenschaft fürs „Gouvernementale“, konnte sich wenig geltend machen. Vieles haben wir den Gewerkschaftern, den Gründern der WASG zu verdanken. Sitzungen wurden recht stringent geführt. Ehemalige SPD-Mitglieder waren das politische Geschäft gewohnt. Die PDS war als Volkspartei bereits im Osten Deutschlands verankert und verfügte über einen reichen politischen Erfahrungsschatz. Viele Links-Intellektuelle, denken wir nur an die „Bremer Memorandum-Gruppe“ um Axel Troost oder an Joachim Bischoff mit der Zeitschrift „Sozialismus“, schienen ja nur auf den Zeitpunkt gewartet zu haben, um eine neue Linke mit aus der Taufe zu heben. Viele, die noch nie politisch tätig waren, wurden angezogen

von unserem hohen politisch-moralischen Anspruch. Deshalb schlossen sich auch viele aus dem christlich-sozialen Spektrum an: Sozialpfarrer, betriebliche Sozialarbeiter der Kirchen.

Es zeigte sich, die Zeit war reif! Denn es ging und geht ja nicht um eine Auseinandersetzung um diese oder jene Anpassungsprozesse in der Entwicklung einer „modernen Wirtschaft“. Tatsächlich treiben die Programme und Beschlüsse der Parteien, die fast nur noch als Marionetten der Kapitalinteressen agieren, zur zunehmenden Entstellung und zu irreparablen Beschädigungen der Gesellschaft als Solidargemeinschaft und der Demokratie.

Ich zitiere aus Gisela Kesslers Beitrag am 21. November 2004, auf dem 1. Bundesdelegiertenkongress der WASG in Nürnberg:

„Es geht heute im Kern um die Enteignung unseres erkämpften sozialen Eigentums! ... Marktradikalismus und anhaltende Deregulierung führen zu einer Brutalisierung der sozialen Beziehungen unter den Menschen. Solidarität verdampft immer mehr unter den neoliberalen Verhältnissen. Konkurrenz, Egoismus und Ellenbogenprinzip sollen zur Richtschnur des individuellen und gesellschaftlichen Handelns werden.“

Weit über die verheerenden Auswirkungen der Privatisierung der Institutionen der Daseinsvorsorge hinaus verweisen Zeichen der Zeit auf einen exterministischen Charakter des Kapitalismus und erinnern an das Wort Rosa Luxemburgs, dass nur noch die Wahl zwischen Sozialismus und Barbarei besteht.

Nachdenken über das Woher und Wohin

Von den Gründungsreden bis zu den programmatischen Reden Lafontaines und den „Programmatischen Eckpunkten“ kann man eine rote Linie erkennen.

Im Zentrum der „Programmatischen Eckpunkte“ heißt es:

„Notwendig ist die Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, ‚in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist‘. Eine Gesellschaft auf diesen Grundlagen und der emanzipatorische und transformatorische Prozess in diese Richtung, der in der heutigen Gesellschaft beginnt und über diese hinausweist, gilt vielen von uns als demokratischer Sozialismus.“

Hier wird Karl Marx zitiert. Natürlich sind programmatische Erklärungen immer dem Verdacht ausgeliefert, dass sie gebrochen werden oder dass

sie der Realität nicht standhalten. Es gilt, was Christa Wolf in „Nachdenken über Christa T.“ schreibt:

„Nachlassen, meine Lieben, dürfen wir allerdings nicht. Warum eigentlich nicht? Weil die großen Entwürfe niemals aus sich selber leben, sondern aus uns gespeist werden. Edel sei der Mensch ... Wir müssen groß von uns denken, sonst ist alles umsonst ... Lernt es auswendig, sagt sie. Meinetwegen kämmt euch die Haare dabei ... Nur einmal denkt die Sätze als eure eigenen. Denn das unterscheidet ihn ... Es war doch groß gedacht.“

In diesem Abschnitt des Romans will die Protagonistin ihre Schüler an die Klassik, aber auch an die humanistischen Grundsätze des Sozialismus heranführen.

Im Kern wird das „Arbeitsprogramm“ der Linken durch die programmatischen Ausführungen Lafontaines auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz 2006 getroffen:

„Ich glaube, dass der Neoliberalismus bestimmt war von den Begriffen der Deregulierung, der Privatisierung und des Abbaus der Demokratie. Wenn man übereinstimmt, dass diese Begriffe das neoliberale Handeln charakterisieren, dann ist der Auftrag der Linken aus den Gegenbegriffen abzuleiten. Wir wollen nicht Deregulierung, sondern wir wollen Regulierung. Wir wollen nicht Privatisierung, sondern wir wollen die Ausweitung des öffentlichen Sektors. Und wir wollen nicht nur Demokratisierung, sondern wir wollen die Ausbreitung der sozialen Demokratie in unserer Gesellschaft.“ Hinzu kommt die Ablehnung militärischer Interventionen: „Die Beachtung des Völkerrechts ist dringende Voraussetzung für jede Form linker Außenpolitik.“

Programmatische Eckpunkte

Eckpunkte des Programms - hier nur als Auswahl - vom 22. Oktober 2006 sind: Pluralität und weltanschauliche Fundierung, Eindämmung und Überwindung des Kapitalismus, Primat demokratischer Politik über die Wirtschaft, Verteidigung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Vollbeschäftigung und bedarfsorientierte Grundsicherung. Dazu einige nähere Angaben und Erörterungen:

Zur *Pluralität und weltanschaulichen Fundierung* heißt es im Programm: „Die neue Partei ist plural, wie die Linke selbst plural ist. Gemeinsam wollen wir eine Partei, wie es sie in Deutschland noch nicht gab – Linke einigend, demokratisch und sozial, feministisch und antipatriarchal, offen und plural, Streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch, eine kon-

sequente Friedenspolitik verfolgend.“ Wie sie hier verstanden wird umfasst Pluralität ein breites weltanschauliches und gesellschaftspolitisches Spektrum: „Wir stellen uns bewusst in die Traditionen der Aufklärung und des demokratischen Sozialismus, der großen Emanzipationsbewegungen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Frauenbewegung, der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung, der globalisierungskritischen Initiativen, der Sozialforen und Bewegungen gegen staatliche Repressionen.“ Es ist klar: Der demokratische Sozialismus ist es nicht allein, auf den wir unsere Partei aufbauen wollen. Vergessen wir nicht die Menschen aus der christlichen Sozialbewegung, die sich bei uns engagieren.

Mit der Zielsetzung einer *Eindämmung und Überwindung des Kapitalismus* werden wir auch an Systemgrenzen stoßen: „Unsere Anerkennung gilt den Bemühungen um eine sozial- und wohlfahrtsstaatliche Eindämmung des Kapitalismus ebenso wie Versuchen zu einer Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse.“ Man kann sagen, die Partei lässt sich also mehrere Optionen offen, was auch dem Prozesscharakter dieses Programms und der Politik entspricht. Die Grundrichtung scheint mir aber klar: „Ziel unseres Handelns ist eine Gesellschaft, ... die über den Kapitalismus hinausweist und die ihn in einem transformatorischen Prozess überwindet.“

Zum *Primat demokratischer Politik über die Wirtschaft* wird im Programm ausgeführt: „Die Linke tritt für das Primat demokratischer Politik über die Wirtschaft sowie für einen sozialen und ökologischen Wandel in der Europäischen Union ein. Alternative Wirtschaftspolitik ist gestaltende Politik. Sie zielt auf ein starkes Gewicht sozialstaatlicher Politik anstelle von deren Unterordnung unter Marktzwänge.“ Hier findet sich in den Eckpunkten von Oktober 2006 wieder ein relativierender Einschub: „(Die Partei) betrachtet gewinnorientiertes unternehmerisches Handeln als wichtig für Innovation und betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit.“ Dieser letzte Satz ist von den beiden Parteitag in Dortmund gestrichen worden.

Bei der Komprimierung eines umfangreichen Programms bleibt notwendigerweise vieles ausgelassen. Mir kommt es auf die *Stellungnahme zur Daseinsvorsorge* an: „Öffentliche Daseinsvorsorge für Bildung, Gesundheit, Betreuung und Kultur, für Mobilität, Wasser, Gas und Strom ist elementarer Bestandteil sozialer Sicherheit. Deshalb verteidigen wir die öffentliche Daseinsvorsorge und treten für ihre Ausweitung ein. Wir wollen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums an Wohnungen und Versorgungsunternehmen verhindern.“ Das ist eine klare Aussage. Leider haben Teile der PDS – so in Berlin und Dresden – uns in diesen Punkten enttäuscht.

Vollbeschäftigung und bedarfsorientierte Grundsicherung ist ein Punkt, der noch umstritten ist. „Wir streben eine Gesellschaft an, in der jede Frau und jeder Mann eine existenzsichernde Arbeit ausüben kann. Erwerbsarbeit, Arbeit in Familien und Partnerschaften, Arbeit zur Mitgestaltung der Gesellschaft sowie die Teilnahme am kulturellen und sozialen Leben muss allen Menschen möglich sein. Gesellschaftlich notwendige Arbeiten ... müssen gleich verteilt sein. Das wollen wir als neue Vollbeschäftigung.“ Hier ist auch das Feld für Konzepte wie die „Sozialwirtschaft“ oder eine „solidarische Ökonomie“. Wir streben also noch das Ziel der Vollbeschäftigung an, sind uns aber auch darüber im Klaren, dass eine „bedarfsorientierte repressionsfreie Grundsicherung“ notwendig ist. Inwieweit wir uns für ein „bedingungsloses individuelles Grundeinkommen“ einsetzen, ist noch nicht ausdiskutiert.

Diese wenigen Auszüge und Bemerkungen zum Programm können natürlich nicht seine Lektüre ersetzen. Sie sollen nur eine Anregung sein, sich mit dem Text selbst auseinanderzusetzen. Auf den Parallel-Parteitag im März 2007 wurden die besprochenen programmatischen Eckpunkte etwas verändert, der Grundtenor ist gleichgeblieben.

Ein kritischer Punkt sind die *Maßstäbe für eine Regierungsbeteiligung*. Hier wären vielen Mitgliedern klarere Formulierungen lieber; die konkrete Angabe von „Haltelinien“ wird gewünscht: „Maßstäbe für Regierungsbeteiligungen sind die Verbesserung der Lage der Benachteiligten und die Verstärkung politischer Mitbestimmung, die Errichtung von Barrieren gegen die neoliberale Offensive, die Durchsetzung alternativer Projekte und Reformvorhaben.“ Auch hier gab es in Dortmund Modifizierungen. Das Programm bleibt aber noch weiter auf der Tagesordnung. Eine endgültige Fassung wird erst im Juni verabschiedet.

„Was tun“ - Tschernyschewski 1863, Lenin 1902, Die Linke 2007

Die Arbeit unserer Bundestagsfraktion kann sich sehen lassen, sie sollte ihre Arbeit wie bisher fortsetzen. Wir verfügen über exzellente Fachleute in allen Politikfeldern. Da wir von den Medien vernachlässigt werden, scheuen sich unsere Parlamentarier auch nicht, spektakuläre Aktionen zu starten: Klaus Ernst überreicht am Ende seiner Rede gegen die Residenzpflicht Arbeitsloser Frau Merkel eine von Fraktionsmitgliedern sauber geschmiedete Fußfessel. Die Fraktionsmitglieder reagieren rasch auf Anfragen von Mitgliedern und Bürgern.

Die Bundesparteien, WASG und PDS, haben bisher eine klare und konsequente Politik für die Arbeitnehmer verfochten. In allen gesellschaftspolitischen Fragen – z.B. Mindestlohn, Ablehnung der Rente mit 67 – stehen wir auf Seiten der Gewerkschaften. In der Ablehnung von völkerrechtswidrigen Kampfeinsätzen ist unsere Position identisch mit der Friedensbewegung.

Das moralische Gefälle, die Glaubwürdigkeitsdifferenz zwischen den neoliberalen Blockparteien und uns ist geradezu schwindelerregend.

In einem meiner Meinung nach einzigartigen demokratischen Prozess haben die beiden Parteien zueinander gefunden. Stellvertretend für die vielen engagierten Parteimitglieder, die die Mühen der Ebene nicht scheuten, gilt mein Dank den Gründern der WASG, Klaus Ernst und Thomas Händel. Dem letzteren allein deshalb, weil er als Schatzmeister ohne Schatz den undankbarsten Part übernommen hat.

Was uns Sorgen macht, sind PDS-Landesverbände wie Berlin, sind einzelne Mandatsträger der PDS, die auf dem „Opernball“ der neoliberalen Einheitsfront mittanzten und im Kapitalismus, so scheint es, erst einmal ankommen möchten. Vielleicht wollen sie ihn dann auch nicht mehr verlassen, während die überwiegende Mehrheit von PDS und WASG die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verändern will. Für das Festhalten an dieser klaren Grundlinie wird, so Lafontaine, die Privatisierung der Sparkasse in Berlin der Lackmustest sein. Dies zeigt auch: Hier müssen noch „Haltelinien“ eingebaut werden, hier muss eine „Reling“ her, damit das große Projekt, eine neue gesamtdeutsche Linke zu schaffen, nicht „über Bord“ geht.

Die Medien werden über unsere Arbeit nicht angemessen berichten, geschweige denn sie honorieren. Also müssen wir – nicht nur aus diesem Grund – unsere Mitglieder aktivieren und die Öffentlichkeit in anderer Form erreichen. Unser – so meinen viele Mitglieder – natürlicher Partner wäre die SPD. Sicher muss es uns darum gehen, auch deren Wähler und Mitglieder für uns zu gewinnen. Es ist schon paradox: Die SPD versucht aber auch alles, um die eigenen Wähler und Mitglieder loszuwerden. Nur elf MdBs der SPD haben gegen die Rente mit 67 gestimmt, also ca. 5%. Der viel beschworene „linke Flügel“ ist ein „Federchen“, weniger als ein Feigenblatt, das den nackten Neoliberalismus nicht bedecken kann. Trotz allem halten noch zu viele Mitglieder und Wähler der SPD mit einer nibelungentreuen Hartnäckigkeit an ihrem „Mitläufertum“ fest, nach dem Motto: Ihr könnt schon tun und lassen, was ihr wollt, uns werdet ihr nicht los.

Schließlich stoßen wir noch auf Barrieren in der Gesellschaft selbst und auf so etwas wie einen gesellschaftlichen Autismus in Deutschland: „Die Zwerglein ... ließen einen durchsichtigen Sarg von Glas machen, dass man es (Schneewittchen) von allen Seiten sehen konnte, legten es hinein und schrieben mit goldenen Buchstaben seinen Namen darauf, und dass es eine Königstochter wäre.“ Soweit die Gebrüder Grimm. Nun wäre es natürlich schön, wenn es, wie im Märchen, geschähe, dass „von dem Schütter“ beim Transport des Sarges „der giftige Apfelgrütz“ aus dem Hals unserer Gesellschaft fährt. „Und nicht lange“, so heißt es, da öffnet sie die Augen, hebt den Deckel vom Sarg in die Höhe und richtet sich auf, und ist „wieder lebendig.“

Das Schütteln der Gesellschaft wäre dann die Aufgabe der Linken. Bislang sehe ich nur eine Ansammlung von „Glassärgen“ mit mehr oder weniger noblen Königskindern. So hat der Streik der AEG-Arbeiter nicht zu einer weitergehenden Politisierung geführt. Für viele von ihnen bilden die Bildschirme ihrer Fernsehgeräte die Scheiben ihres Sarges. Die bürgerlichen Intellektuellen haben sich nach 1848 in ihre Glassärge begeben und betrachten nun mit blasiertem Skeptizismus die Welt hinter der Glasscheibe, mehr geht nicht. Für viele von ihnen nimmt das Kabarett eine Art Stellvertreterrolle ein. Die ganz Kritischen beschäftigen sich derweil mit Themen wie: „Die Kritik am Kapitalismus in Goethes Faust II“. Mitunter schieben Linksinтеллектуelle den Sargdeckel schon ein Stück zur Seite. Wenn sie sich dann nicht mit ihrem theoretischen Fundamentalismus gegen die linke Nachbargruppe wenden, könnte so etwas wie Solidarität entstehen.

Die Frage ist in der Tat, wie können wir unsere „Komapatienten“ ins Leben zurückrufen und was soll in der Welt eigentlich noch geschehen, damit endlich der Glassarg zerbrochen wird? Was kann die Partei dazu beitragen? Mir erscheint manchmal die Linke zu bieder. Man möchte der Partei mit den Worten Enzensbergers den Rat geben: „Vermehre um einen Zentner den Zorn in der Welt, um ein Gran“. Diese Worte waren an Sisyphos gerichtet, und ähnlich wie seine ist auch unsere Arbeit.

Dabei ist es wichtig, keine unnötigen Ressentiments zu kultivieren. Erfahrungen im Leben der Partei zeigen immer wieder, dass Vorurteile, Abneigungen und Verdächtigungen von Mitgliedern relativ ungerichtet sind und sich durch eine kleine Drehung gegen die eigene Organisation richten können.

In einer Situation, die unserer in bestimmter Hinsicht ähnlich ist, schrieb Georg Büchner. Seine Worte beziehen sich auf die Revolutionäre aus der

Zeit des deutschen Vormärz: „Sie schreiben, man liest sie nicht; sie schreien, man hört sie nicht; sie handeln, man hilft ihnen nicht.“ Er weiß aber auch „dass nur das notwendige Bedürfnis der großen Masse Umänderungen herbeiführen kann.“ Soweit Büchner in seinen Briefen an die Familie.

Wenn wir schon nicht erwarten können, dass wir von den gleichgeschalteten Medien wahrgenommen werden, können wir aber doch hoffen, dass immer mehr Mitbürger ihre eigenen Interessen bei uns gut vertreten fühlen und schließlich auch erkennen. Die Partei muss ganz konkret für diese Interessen eintreten. Die richtige Einstellung wäre die Büchners in seiner Erzählung „Lenz“: „Man muss die Menschheit lieben, um in das eigentümliche Wesen jedes einzudringen, es darf einem keiner zu gering, keiner zu häßlich sein.“ Oskar Lafontaine hat auf dem Parteitag in Dortmund ein ähnliches Wort Paul Tillichs zitiert, der sinngemäß davon spricht, dass Sozialismus der Versuch der Rettung der Liebe in einer Zeit des schrankenlosen Egoismus¹ sei.

Perspektiven

Wie schön das klingt: „Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, „Neue Linke im 21. Jahrhundert“. Da sieht man ja geradezu den Faltenwurf der Geschichte. Linke Theorien haben die fatale Neigung, zu Kosmogonien zu werden. Dabei weiß doch jeder, Kosmogonien sind allemal Mythen. Wir sind nie, vor allem nicht in „Alt-Europa“ in einer „Ursprungssituation“, sondern immer inmitten eines historischen, gesellschaftlichen und politischen Prozesses. Welche Perspektiven gibt es unter diesen Vorzeichen und mit aller Bescheidenheit für die neue Linke?

Die neue Linke kann eine echte gesamtdeutsche linke Partei links von der sog. SPD werden. „Sie verfügt ... über ein großes Potenzial zur Bewältigung dieser Anforderungen (eine realisierbare Perspektive des demokratischen Sozialismus), weil ein Teil ihrer Mitglieder auf reale Erfahrungen und das soziale Gedächtnis des gescheiterten Sozialismusversuchs zurückgreifen kann.“ Sie ist die Kraft, die die „Spaltungslinien und die Deformationen der verschiedenen politischen Kulturen“ aufheben kann. Gemeint sind die politischen Kulturen der Bundesrepublik alter Schreibweise und des sozialistischen Systems der ehemaligen DDR. Soweit J. Bischoff und B. Radke in ihrem Diskussionsbeitrag „Neue Linke im 21. Jahrhundert“.

Eine realistische Perspektive sehe ich in der Integration der Migranten und in der Zusammenarbeit mit ihren Organisationen. Beispielsweise ist die Zusammenarbeit mit der türkischen Arbeiterbewegung Didf bereits sehr

eng. Hauptredner bei ihrer Jubiläumsveranstaltung vor 5000 geladenen Gästen war Lafontaine, was natürlich in keiner „Nachricht“ erschien. Wir würden, gelänge es uns, ein längst überfälliges gesellschaftspolitisches „Desiderat“ erfüllen.

In der Gewerkschaftsbewegung tut sich etwas. Wenn die Gewerkschaften SPD-Politiker als Redner für den 1. Mai ausladen, dann zeigt dies, dass sie sich von der zu engen Bindung an die SPD befreien wollen. Das wäre auch gut für die Gewerkschaften, die dadurch wieder Handlungsfreiheit gewinnen.

Bischoff sieht eine „Entfremdung zwischen demokratischer Willensbildung und ökonomisch-sozialen Verhältnissen“, d. h. der eigentliche politische Wille von Mehrheiten besitzt keinen Einfluss mehr auf die Gestaltung der ökonomisch-sozialen Verhältnisse. Zu der Zerstörung der Demokratie tragen beispielsweise die Privatisierungen bei, da es dann keine politische Handhabe mehr zur Gestaltung des sozialen Lebens gibt. Wenn das Wasser oder die Bahn privatisiert sind, sind dem Wähler wichtige Gestaltungsmöglichkeiten entzogen. Zum ändern wollen wir aber auch mit dem Mittel des Streiks auf die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens Einfluss nehmen. Insgesamt kommt es uns auf mehr direkte Demokratie an: eine durchaus realistische Perspektive, die wir auch in der Auseinandersetzung um die Europa-Verfassung vertreten.

Wenn es uns gelänge, den grassierenden Privatisierungswahn und die neoliberalen Elemente in Kommunen und Bundesländern zurückzudrängen, so dass, in Analogie zur Anti-Atomkraftbewegung, so etwas wie „befreite Zonen“ entstünden, wären wir schon ein gutes Stück weiter. Ich kann mir vorstellen, dass wir eine überwiegende Zahl von Bürgern für entsprechende Bündnisse gewinnen könnten: die neue Linke als politischer Integrationspunkt für Bürgerinitiativen.

Realistisch ist auch, dass eine neue Linke Ausstrahlung auf ganz Europa gewinnen wird. Überall in Europa sind Parteien links von den neoliberal gewendeten Sozialdemokraten entstanden.

Wir sind in einer Zeit, in der die öffentliche Moral einen erschreckenden Niedergang erlebt, mit einem hohen Anspruch angetreten. Wenn Müntefering auf der einen Seite den Hedge-Fonds hier im Land freie Hand gibt, um Firmen zu zerschlagen und Entlassungen vorzunehmen, auf der anderen Seite zeitgleich die weltweit operierenden berühmten Heuschrecken anklagt, zeigt das nur, wie verkommen die politische Moral der neoliberalen Blockparteien ist. Die Beispielliste ließe sich fortsetzen. Eine Perspektive,

geradezu eine *conditio sine qua non* für die neue Linke ist es daher, den hohen Anspruch aufrecht zu erhalten und das moralische Gefälle immer wieder sichtbar zu machen!

Ein wesentlicher Mangel der gegenwärtigen Situation, den Bischoff und Radke bedauern, besteht darin dass „die Gewerkschaften ... zu diesem `neuen Kapitalismus` noch keinen Zugang gefunden (haben), um aus der Defensive heraus zu kommen ... Weder sie noch die politische Linke (haben) insgesamt hinreichende intellektuelle, philosophische oder politische Antworten auf diese Veränderungen gefunden.“

Eine Perspektive in diesem Zusammenhang liegt darin, dass die vielen Intellektuellen, die sich der Linken verpflichtet fühlen, erkennen lernen: Die „Partituren“ ihrer Theorien sind nicht dazu gemacht, im Museum der jeweiligen Wissenschaftsgeschichte zu verstauben, sondern müssen gespielt werden. Das entsprechende Orchester könnte die neue Linke sein. Vielleicht müssen wir auch neue Instrumente entwickeln und natürlich müssen die Kompositionen spielbar sein - es gilt schließlich das Publikum zu gewinnen.

Was, wenn nicht linke Theorien, müssen in allen Fragen und Bereichen der gesellschaftlichen Praxis politisch verwirklicht werden - der Praxisbezug ist ihr Prüfstein. Ich möchte die linken Komponisten auffordern, mit dem Orchester, das sich im Juni 2007 konstituiert, eng zusammenzuarbeiten!

Quellen:

Oskar Lafontaine: Grundlinien linker Politik, in: Sonderheft "Junge Welt" zur XI. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz 2006, S. 4-8

Dokumentation: Gründungsdokumente "Die Linke.", Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007 in Dortmund, Beilage zu "Neue Linke" Nr. 3/2007

Thaler, Klaus: Auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland. S. 268-280 in: Horst Müller (Hg.), Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Kritik, Analytik, Alternativen. BoD-Verlag, Norderstedt 2007.
ISBN 978-3-8334-9769-8
Ein Textangebot des Portals <http://www.praxisphilosophie.de>
Ausdruck und Veröffentlichung bitte mit dieser Quellenangabe